

Antrag Ge-14
SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Stärkeren Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

1 Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundes-
2 ratsinitiative aufgefordert, zivilrechtlich die Voraus-
3 setzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündi-
4 gungen von Wohnraum deutlich anzuheben und
5 einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu ent-
6 wickeln, der das missbräuchliche Vortäuschen der
7 Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbe-
8 darfskündigung unter Strafe stellt.

9

10 **Begründung**

11 Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum werden
12 immer öfter von Vermieterseite ausgesprochen, um
13 bei der Neuvermietung deutlich höhere Mieten zu
14 vereinbaren, ohne dass tatsächlich eine Eigenbe-
15 darfsituation gegeben ist.

16 Eine weitere beliebte Methode ist die Benutzung
17 einer tatsächlich gegebenen Eigenbedarfssituation,
18 um gleich eine Mehrzahl an Eigenbedarfskündigun-
19 gen auszusprechen.

20 Zur Vermeidung solcher für die Mieterseite häufig
21 existenzgefährdenden Situationen sollte ein stär-
22 kerer gesetzgeberischer Mieterschutz den sozialen
23 Frieden sichern.

Adressat:

SPD-Bundestagsfraktion